

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Branereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Branerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen



Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Tagespreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieger, Berlin-Niederschlesische
 Redaktion und Expedition: Berlin O. 7, Spandauerstraße 6
 Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. W. 63

Insertionspreis:
 Geschäftsanzeigen kosten die jeweils gebotene Kolonnenzeile 1) Pfennig.
 Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Gewerkschaften und Ubergangswirtschaft.

Ueber dieses Thema hielt Dr. Adolf Braun, Nürnberg, in einer Versammlung des Gewerkschaftskartells in Dresden am 25. Januar einen Vortrag, dem wir folgendes entnehmen:

Der Friede, den wir ersehnen, wird keine holde, sondern eine sehr ernste und harte Zeit sein. Die Annahme, daß wir nach dem Kriege dort anknüpfen könnten, wo wir im Juli 1914 aufgehört haben, ist ebenso eine Utopie wie die, daß wir nach Friedensschluß ganz von neuem anfangen müßten.

Die gewaltigen Probleme, die der Friedensschluß mit sich bringen wird, zwingen die Gewerkschaften, sich schon jetzt über die Aufgaben möglichst klar zu werden, die sie nach Friedensschluß, in der Ubergangswirtschaft, mutmaßlich zu erfüllen haben werden. Alle gewerkschaftlichen Methoden werden bedingt und bestimmt sein durch die Wirtschaft, wie sie uns nach dem Kriege entgegentreten wird. Um die Wirtschaft nach dem Kriege zu verstehen, muß man die Wirtschaft während des Krieges begreifen. Diese ist eine für uns als Produzenten wie als Konsumenten als Einengung empfundene Kriegswirtschaft, mit Bestimmungen, durch die Produktion, Vertrieb und Verbrauch zeitweise völlig umgestaltet wurden. Das Entscheidende dabei war die Kriegsnötigkeit, alle Produktion den Bedürfnissen der Kriegführung unterzuordnen. Soweit die Produktion diesen Aufgaben nicht diente oder in diesen Aufgabenbereich nicht übergeführt werden konnte, wurde sie völlig ausgeschaltet oder wenigstens stark eingeschränkt. So ergab sich eine Umschaltung unserer Volkswirtschaft, die vor allem zum Ausdruck kam in der Konzentration aller Roh- und Hilfsstoffe zur Verwertung für die Armee.

Die Beschlagnahme dieser Rohstoffe ist eine besonders bedeutsame Erscheinung der Kriegswirtschaft. Wieviel von diesem Material nach gesichertem Frieden für die Industrie frei wird, kann heute natürlich niemand feststellen. Aber jedenfalls werden die verbliebenen Vorräte nicht sehr groß sein. Sie werden nicht ausreichen, um die Voraussetzungen zu schaffen, die Friedenswirtschaft sofort in Gang zu bringen. Der Rohstoffmangel wird für die meisten Industrien in der ersten Periode des Friedens den Ausschlag geben. Für eine ganze Reihe von Industrien sind wir auf die Einfuhr von Rohstoffen, zum Teil auch von Halbfabrikaten, aus dem Auslande angewiesen, besonders für die Textilindustrie. Der U-Boot-Krieg hat naturgemäß auch zu einer Einfuhrbeschränkung in die Entente-Länder auf das notwendigste Maß geführt, so auch für die englische und französische Textilindustrie, woraus sich ein schwerer Wettkampf aller ausgehungerten industriellen Gebiete um diese Rohstoffe ergeben muß. Das gilt aber auch für die meisten anderen Industrien: die Tischlerei, die Metallindustrie usw. Am wenigsten werden die keramischen Industrien leiden, denen es heute mehr an Arbeitskräften und Kohlen als an Rohstoffen fehlt. Erschöpfte Lager, der Schiffsräumangel, die hohen Frachtkosten, der Wettbewerbskampf um die Rohstoffe und der geheime Boykott gegen Deutschland werden also unsere Rohstoffversorgung schwer heinträchtigen.

Sinnvoll kommt die Rücksicht auf die deutsche Valuta. Unser Rohstoffbedarf muß zum größten Teil von Ländern mit einer für uns ungünstigen Valuta befriedigt werden, ehe wir zu regelmäßiger und bedeutender Ausfuhr gelangen können. Es ist wohl nicht zu hoch gerechnet, wenn man die Einfuhr von Nahrungsmitteln für Menschen und Vieh, Roh- und Hilfsstoffen und Halbfabrikaten, die notwendig ist, um unsere Wirtschaft wieder in normalen Gang zu bringen, im ersten Friedensjahre auf 14 bis 15 Milliarden Mark veranschlagt. Im Frieden hatte unsere Einfuhr, die 10 bis 11 Milliarden Mark betrug, fast gar keine Geldverschiebungen zur Folge, weil wir sie mit unserer Ausfuhr und den Zinsen und Kapitalrückzahlungen der dem Auslande geliehenen Gelder auszugleichen vermochten. Alle diese Voraussetzungen fehlen jetzt ganz oder zum Teil.

Der deutsche Hundertmarkschein war vor dem Kriege so gut wie Gold. Das ist jetzt anders geworden. Nach dem Kriege wird es für den deutschen Handel außerordentlich viel darauf ankommen, daß er möglichst schnell seine Waren umschlägt und wieder zu Gelde kommt. Hier werden sich mancherlei Schwierigkeiten ergeben. Während Gold und goldwertige Geldsurrogate für den Wareneinkauf zum Inganghalten unserer Produktion notwendig sind, haben wir alles im Verkehr befindliche Gold verbraucht, weil wir auch an das Ausland während des Krieges für Lebensmittel und Rohstoffe Geld abgeben mußten, denn wir konnten sie nur in geringem Maße mit ausgeführten Waren bezahlen. Vermutlich werden wir also in irgendeiner Form eine große Goldanleihe im Ausland aufnehmen müssen, sei es durch das Reich, sei es durch die syndizierten Industrien. Auch aus anderen Gründen müssen wir nicht nur mit Anleihen während der Kriegszeit, sondern auch während der Ubergangszeit rechnen. Zur Verzinsung aller dieser Anleihen werden ungeheure Summen aufgebracht werden müssen.

Ueber die künftige Steuerpolitik soll man sich in der Regierung noch nicht klar sein. Um diese wird, wie Cuesel in Würzburg sagte, ein großer Klassenkampf entbrennen. Man rechnet jetzt schon mit Steuern für Reich, Land und Gemeinde in der Höhe von 46 Proz. der Einnahmen. Von bürgerlicher Seite wurde gesagt, die Arbeiter würden nur zur Aufbringung ihres Anteils an den öffentlichen Lasten zwei bis drei Tage in der Woche arbeiten müssen. Rechnet man hierzu noch die für lange Zeit zu gewärtigende Teuerung, dann liegt zu optimistischer Auffassung kein Anlaß vor, im Gegenteil wird mit sehr großen Schwierigkeiten der Arbeiter und ihrer Organisationen in der Friedenswirtschaft und hauptsächlich in der Ubergangswirtschaft zu rechnen sein.

Zazu kommt, daß die einzelnen kapitalistischen Unternehmungen und der Kapitalismus als Ganzes an Stärke und Macht bedeutend gewonnen haben. Der Arbeitermangel und andere Umstände hinderten allerdings während des Krieges die Unternehmer, diese Macht die Arbeiter fühlen zu lassen. Aber bei Kriegsende werden auch die schönen Tage der Kriegsindustrie vorbei sein, und das wird für die Arbeiter einen Stillstand der Beschäftigung hervorrufen. Dann wird sich die in der Kriegszeit gewonnene Macht des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft geltend machen wollen. Bei aller Sehnsucht nach Frieden stehen also der Arbeiterschaft nach Friedensschluß nicht die besten Zeiten bevor. Die Demobilisierung der Millionen, die jetzt im Meer stehen, wird den Arbeitsmarkt überfluten, auch wenn sie nicht plötzlich und auf einmal erfolgt. Viele Soldaten werden, um bald entlassen zu werden, Arbeit durch Anbieten bei den Unternehmern zu erhalten versuchen. Daraus ergibt sich die schwere Gefahr der Nichtbeachtung der Tarifverträge und der Lohnunterbietung. In der gleichen Richtung wird die auch nach dem Kriege weiter bestehende Konkurrenz der Frauarbeit wirken. Die Gewerkschaften werden also schwer zu kämpfen haben, um alle diese drohenden Gefahren abzuwehren.

Freilich wird auch die Nachfrage nach Waren und nach Wiederherstellung von Einrichtungen und Material, das durch den Krieg stark gelitten hat, sehr groß sein. Die Eisenbahnen und Transportmittel bedürfen dringend der Erneuerung. Der Kleiderbedarf wird nach der Rückkehr der Soldaten ganz gewaltig sein. Viele hunderttausende Familien, die während des Krieges begründet wurden, ohne daß sie, weil der Mann im Meer war, eigene Wohnungen einrichteten, werden Wohnungen und Einrichtungsgegenstände gebrauchen. Also an Nachfrage an menschlicher Arbeit, an Anstoß zur Produktion im großen Stile wird es nicht fehlen, dafür aber vielfach wegen des Rohstoffmangels an den Möglichkeiten dieser Produktion.

Das ist die erste Erscheinung der Ubergangswirtschaft: großer, stürmischer Bedarf, verhältnismäßig geringe Möglichkeit, ihm zu entsprechen, Ueberfluß an Ar-

beitskräften und sehr geringe Arbeitsgelegenheit. In dieser Periode werden alle Anstrengungen gemacht werden, die für den Gang der Produktion nötigen Rohstoffe und Halbfabrikate zu beschaffen. Je stärker dieser Trieb ist, desto mehr verteuert sich die Warenherstellung. Im ganzen Ausland wird sich derselbe Schweregrad bemerkbar machen mit ähnlichen Schwierigkeiten seiner Stillung. Ueberflüssige Waren eines Landes werden auf dem Weltmarkt um jeden Preis gekauft werden. Das gilt auch für deutsche Waren, nur werden wir nicht allzuviel zur Verfügung haben, am ehesten Glas und Porzellan, aber keine Textilstoffe und Metalle, Leder- und Hautwaren, also keine Waren aus unseren bedeutendsten und die größte Masse von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigenden Industrien.

Eine zweite Periode der Ubergangswirtschaft wird beginnen, wenn wir die für den Gang unserer Industrien notwendigen Roh- und Hilfsstoffe beschafft haben werden. Wenn wir uns nicht im Friedensvertrage in dieser Richtung sichern können, was viel wichtiger und wertvoller wäre als der von den Anexionisten angestrebte Landerwerb, ist freilich zu befürchten, daß wir erst nach dem feindlichen und durch ihre günstigen Geldverhältnisse im Vorrang befindlichen neutralen Staaten zur vollen Inbetriebnahme unserer Industrie werden kommen können. Wir werden einen sehr großen Bedarf des Inlandes, aber nicht mehr eine so starke Sehnsucht des Auslandes nach unserer Waren in dieser zweiten Periode beobachten können. Wir wissen ja, daß uns die lange Kriegsdauer wirtschaftlich schwer geschadet hat, weil die Länder, die deutsche Waren als unentbehrlich betrachteten, sie in der Kriegszeit ersehen lernten. Daher werden wir den Auslandsmarkt erst wieder neu erwerben müssen. Das dürfte im Osten Europas leicht sein, im Westen und anderen Erdteilen aber sehr schwierig. Doch wird diese Schwierigkeit in dieser zweiten Periode nicht so stark empfunden werden, weil die Pflege des Exports bei dem ungeheuren Bedarf der eigenen Wirtschaft und bei den guten Preisen, die man im Inlande erhalten kann, den meisten Unternehmern nicht dringend erscheinen wird. Nachfrage nach deutschen Waren in Deutschland selbst wird unsere Industrie in Gang halten und den Arbeitern Beschäftigung bieten. Diese werden dann Gelegenheit haben, vieles wieder gut zu machen, was ihnen in der ersten Periode der Demobilisierung und des Rohstoffmangels zum Schaden gereichte, vorausgesetzt natürlich, daß sie in dieser ersten Periode ihre Organisationen nicht schmüde verlassen und innerlich geschwächt haben.

Aber diese Periode höchster Prosperität wird naturgemäß abflauen, sobald die breiten Massen ihre schon in der ersten Periode zusammengeschrumpften Ersparnisse völlig verbraucht haben, die Industrie ihre in der Kriegszeit überbeanspruchten Maschinen und Werkzeuge ersetzt hat, alle Verkehrseinrichtungen wieder in Stand gesetzt sind und die Landwirtschaft ihren großen Bedarf gedeckt hat. Dann wird freilich die Ubergangswirtschaft im wesentlichen beendet sein und wir werden in eine Zeit kommen, die, so unerfreulich sie erscheinen mag, für lange Zeit der normale Zustand unserer Wirtschaft nach dem Kriege sein wird.

Die Lasten des Krieges werden in ganz gewaltigen Steuern zum Ausdruck kommen. Die starken Steuerburden werden, von den Reichen und Reichsten abgesehen, alle Privatwirtschaften so stark in ihrem Konsum, vor allem von Industrieartikeln, beengen, daß der wichtigste Anstoß für die Produktion, der Konsum der breiten Massen, an Bedeutung verlieren wird. Das wird auch einen Produktionsrückgang zeitigen, eine Steigerung der industriellen Reservearmee, die ohnedies durch die staatlichen Monopole und durch die privaten Subsidierungen, Startellierungen und Fusionierungen erheblich wachsen muß.

Je geringer der Bedarf des inneren Marktes ist, desto lebhafter werden die Unternehmer darauf bedacht sein, den äußeren Markt zu pflegen, den

Export zu steigern, das, was der Deutsche nicht kaufen kann, dem Auslande zu liefern. Dieses muß sich aber naturgemäß, soweit es sich um das jetzt feindliche Ausland handelt, in der gleichen Lage wie Deutschland befinden und es wird dem Eindringen deutscher Waren alle möglichen Schwierigkeiten machen. Zu ihrer Überwindung wird der deutsche Unternehmer möglichst billig zu liefern versuchen, vor allem billiger als England, die Vereinigten Staaten und Japan. Diese Staaten werden aber den Vorprung der leichteren Rohstoffbeschaffung haben, den der deutsche Unternehmer durch Ersparung an Produktionskosten auszugleichen versuchen wird, hauptsächlich durch höchste Ersparung von Arbeitskraft und möglichst niedrige Löhne. Je widerstandsfähiger die Arbeiter dann sind, desto vollkommener könnten die Unternehmer ihr Ziel erreichen, die ganze soziale Lage und die Lebenshaltung der Arbeiter aufs tiefste herunterzudrücken.

Mit diesen Möglichkeiten und Gefahren müssen die Arbeiter rechnen und dafür sorgen, daß die Gewerkschaften zur Abwehr dieser Gefahren kampffähig sind. Die Arbeiterklasse muß sich aber auch die Voraussetzungen für den gewerkschaftlichen Kampf in politischer Kraft sichern, das Koalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Pressfreiheit, die politische Gleichberechtigung zur Tat werden lassen. Den gewaltigen Aufgaben, die die gezeichnete Entwicklung dem Proletariat stellen wird, kann dieses nur genügen, wenn es in geschlossenen Organisationen wirkt, wenn es kraftvoll seinen Kollektivwillen zum Ausdruck bringt und wenn es die Einheit der Arbeiterbewegung im Streben nach neuen und letzten Zielen wieder verwirklicht!

Die Kriegswirtschaft im Haushalt der Familie.

Die Kriegswirtschaft hat in den Haushalt der Familie tief eingegriffen. Der Mangel oder auch das Fehlen von Nahrungsmitteln und täglichen Gebrauchsgegenständen hat zu Einschränkungen geführt, die schwer und hart zu ertragen sind. Die Preise sind in die Höhe geschossen und damit dem Verbrauch in den Schichten der Minderbemittelten eine unangenehm empfundene Einschränkung auferlegt, die viel Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Wir kennen alle die Klagen und Beschwerden der Hausfrauen, insbesondere auch die, wie mit dem Einkommen der Einkauf in Einklang zu bringen ist. Volkswirtschaftlich ist es von nicht geringer Bedeutung, wie unsere Verhältnisse im Haushalt sich verschoben haben, einwandfrei durch möglichst genaue statistische Ermittlungen festzustellen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat aus den Kreisen der ihm angeschlossenen Verbände im Jahre 1916 zwei Erhebungen über die Lebenshaltung der Bevölkerung vorgenommen und die Erhebung im April 1917 wiederholt. Wir gewinnen damit einen sehr interessanten Einblick, wie der Krieg wirtschaftspolitisch in die Einkommensverhältnisse eingegriffen hat und welche Bedrängnis er für die Minderbemittelten der Stadt schuf.

Die Erhebungen sind von dem Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeitet; die letzte Erhebung ist jedoch in einem Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ herausgegeben. Aus der Bearbeitung des Materials heben wir folgendes hervor:

Es wurden von dem Kriegsausschuß Fragebogen an einen kleinen Kreis zuverlässiger Personen in 27 Großstädten, 26 Mittelstädten und 29 Klein- und Landstädten herausgegeben, um für den Monat April 1917 die Einnahmen und Ausgaben in der Familie aufzuzeichnen. Eine für die Zwecke verwendbare Aufstellung ergab 300 Fragebogen, die über eine gleiche Zahl von Haushaltungen Auskunft gaben. Der Berufsstellung nach verteilten sich die Haushaltungsvorstände auf 9 höhere Beamte, 81 mittlere Beamte, 21 Unterbeamte, 51 Angestellte und Privatbeamte, 100 Arbeiter, 11 Kriegerfrauen, 29 freie Berufe. Das durchschnittliche Einkommen im Monat für die Familie betrug für die höheren Beamten 662,24 Mk., mittlere Beamten 327,60 Mk., Unterbeamten 228,68 Mk., Angestellte 288,79 Mk., Arbeiter 287,60 Mk., Kriegerfrauen 153 Mk., freie Berufe 430,50 Mk. In 40 Fällen steuerte die Frau zu dem Einkommen der Familie bei, in 34 Fällen war außerdem die Frau Haushaltungsvorstand. Der Arbeitsverdienst der 40 Frauen betrug im Monat 2098,78 Mk., ferner steuernten 77 Angehörige mit 6687,62 Mk. zum Unterhalt der Familie bei; in 55 Fällen wurden Nebeneinnahmen erzielt durch gewinnbringende Beschäftigung u. a. Untervermietung im Betrage von 2078,15 Mk., das Zinseinkommen in 56 Fällen ergab 3883,11 Mk. und von anderer Seite wurden Zuschüsse in Höhe von 3779,50 Mark in 81 Fällen verzeichnet.

Was die Ausgaben anbetrifft, so wurde pro Kopf der Familie für Nahrungsmittel 88,57 Mk., für Miete 8,51 Mk., Kleidung und Wäsche 9,45 Mk., Heizung und Beleuchtung 4,11 Mk. und Sonstiges 14,94 Mk. verausgabt. Unter „Sonstiges“ sind Aufwendung für Literatur, Versicherungsbeiträge usw. summiert. Die Berechnung pro Kopf der Familie ist so aufgestellt, daß zwei Kinder unter 11 Jahren für eine Person gezählt wurden, Säuglinge blieben ganz außer Ansatz, alle übrigen Familienangehörigen dagegen erscheinen als Einzelpersonen in der Berechnung. Es erstreckt sich demnach die Erhebung auf 1388 Personen.

Das Einkommen auf den Kopf eines Familienmitgliedes wurde gegliedert in ein solches bis zu 50 Mk., 50—75 Mk., 75—100 Mk. und über 100 Mk. im Monat. Bezüglich der Ausgaben für die Ernährung zeigt diese Untersuchung eine völlige Bestätigung des Engelschen Gesetzes. In sämtlichen Berufsgruppen sanken die Ausgabenanteile, die für Nahrungsmittel aufgewendet wurden, mit zunehmendem Wohlstande. Besonders werden hier die Berufsgruppen, die mit einer größeren Familienzahl vertreten sind (mittlere Beamte und Angestellte mit je 81 Familien, Arbeiter mit 100 Familien) als ausschlaggebend angesehen werden können. Bei den mittleren Beamten wurde in den Familien mit bis 50 Mk. monatlichem Einkommen auf den Kopf 56,60 v. S., in der Stufe 50—75 Mk. 49,12 v. S., in der Stufe 75—100 Mk. 46,18 v. S. und in der Stufe über 100 Mk. 43,81 v. S. für die Ernährung aufgewendet. Bei den Angestellten fiel der Ausgabenanteil für die Ernährung von 56,49 v. S. in der Stufe bis 50 Mk., auf 47,45 v. S. in der Stufe über 100 Mk. In den Arbeiterfamilien betrug der Ausgabenanteil in der niedersten Stufe 61,52 v. S., in der Stufe 50—75 Mk. 59,50 v. S., in der Stufe 75—100 Mk. 52,19 v. S. und in der höchsten Stufe 51,26 v. S.

Die Ermittlung über den Bezug der einzelnen Nahrungsmittel läßt erkennen, daß in den Großstädten die Ausgaben größer sind. Nach Wohlhabensstufen gegliedert ergibt sich, daß infolge der Rationierung für fast sämtliche wichtigen Lebensmittel die Ausgaben in den einzelnen Einkommensstufen ziemlich

gleich geblieben sind, dagegen trat ein erhebliches Ansteigen der Ausgaben wie der Ausgabenanteile für nicht rationierte Lebensmittel, besonders Gemüse und Obst ein. Einmalig waren Konfitüren, Marmelade, markenfreie Backwaren, Käse, ferner Schokolade und Juckerwerk, die zum Ausgleich der beschlagnahmten rationierten Lebensmittel gekauft wurden, mit zunehmendem Wohlstande ein. Auch Fleisch- und Fischkonserven wurden mit vermehrtem Einkommen in steigendem Maße beschafft; ebenso stiegen die Ausgaben für Tabak und Alkohol, sowie für Speisen und Getränke außer dem Hause mit dem höheren Einkommen. Aus den Erhebungen sind 51 Familien mit zwei Kindern im Alter bis zu 16 Jahren, einschließlich der beiden Ehegatten 4 Personen, gesondert nach ihrem Verbrauch behandelt. Die Zusammenstellung weist eine Ausgabe von 255,81 Mk. für die Familie auf, davon 134,14 Mk. (52,44 v. S.) für Nahrungs- und Genussmittel. Nach Berufsgruppen eingeteilt für mittlere Beamte 314,30 Mk., Nahrungsmittel 150,57 Mk. (47,91 v. S.); Unterbeamte 205,82 Mk., Nahrungsmittel 111,87 Mk. (54,35 v. S.); Angestellte 268,55 Mk., Nahrungsmittel 141,64 Mk. (52,74 v. S.); Arbeiter 234,64 Mk., Nahrungsmittel 131,14 Mark (52,14 v. S.)

Der Vergleich mit der Erhebung im April 1916 läßt pro Kopf nur eine Steigerung der Ausgabe von 7,187 auf 7,538 Mk. erkennen. Höher erscheinen in den Ausgaben Heizung, Miete, Kleidung, Schuhwerk, Wäsche, Hausgerät, Bücher und Zeitungen; etwas geringer sind die Ausgaben für Nahrungsmittel. Die Verschiebung ist keine erhebliche, die geringere Ausgabe für Nahrungsmittel ist auf die sehr schlechte Versorgung mit Lebensmitteln im April 1917 zurückzuführen, keineswegs auf eine Preissteigerung.

Was die Menge des Verbrauchs anbetrifft, so zeigt sich überwiegend ein Rückgang, der besonders stark bei Kartoffeln, Fetten einschließlich Butter, Fischen, Eiern, Gemüsekonserven, Marmelade, Zucker und Bohnenkaffee hervortrat, während der Konsum an Fleisch und Wurst — es handelt sich gerade um den Zeitraum, wo die Fleischration erhöht wurde — und Verbrauch an Mehl, Teigwaren und Gemüse zunahm.

Die Erhebungen lassen erkennen, daß bei sehr erheblichen Preisaufschlägen für alle Bedarfsartikel die Lebenshaltung in sehr dürftigen Grenzen gehalten ist und daß die Bedrängung der im Einkommen schlecht Gestellten eine sehr starke ist. In vielen Fällen ist ein Auskommen nur dadurch möglich, daß dringende Anschaffungen für den Haushalt zurückgestellt werden, andere verzehren ihre Spargroschen und geraten in Schulden. Jede Preissteigerung gestaltet die Lage der großen Zahl der Minderbemittelten schwieriger und unhaltbarer.

Reichsmittel für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels feiernden Arbeiter.

Infolge der Transportbeschwerden des Winters ist eine Reihe von Betrieben durch unzureichende Kohlenlieferung vorübergehend zum Stillstand gekommen. Ob dieser Uebelstand schon binnen kurzem überwunden sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Die schwerwiegenden Folgen dieser Stilllegung zeigen sich, von der Unterbrechung der Produktion abgesehen, in den unfreiwilligen Feiertagen der Arbeiterschaft. Dabei erfordert die Kriegswirtschaft, daß die Arbeiterschaft zur Verfügung des Betriebes bleibt, um sofort die Produktion erneut aufnehmen zu können, sobald die Kohlenzufuhr wieder einsetzt.

Technik und Arbeiter.

I.

Zur Erzeugung der nächstwertigsten Existenzmittel, zur Ernährung, zum Schutz gegen die Unbilden der Witterung und Abwehr der Krankheiten, ist schon der Urmenich durch seine Sinnesorgane zu einer gewissen Handfertigkeit und Übung seiner Glieder gedrängt worden. Um sich zu verteidigen oder die Schale von den wilden Früchten zu entfernen, genügt die muskulöse Kraft, die Hand, die Faust war immer allein, er erkannte, daß die zusammengeballte Faust durch die Umfassung eines Steines zum Schlag, Schneiden usw. eine Verstärkung erfährt; die Hand wurde dadurch zu einem technischen Hilfsmittel oder Werkzeug: zum Hammer, zur Axt oder auch zur Steinäuge. Die Technik ist mit dem Leben und der kulturellen Entwicklung des Menschentums eng verbunden; wobei von dem einfachen Gerät bis zur Dynamomaschine und den modernen Feuerwaffen ein weiter Weg zurückgelegt wurde. Wenn in diesem Zusammenhang die Technik oft als eine Kunstfertigkeit bei der Erzeugung von Produkten erklärt wird, so ist begrifflich nur sehr wenig damit gesagt. Wie bei dem Urmenichen, so wird auch fortlaufend bis zur Zivilisation der sogenannte Instinkt dabei mitgewirkt haben. Der Instinkt ist aber nichts anderes als eine Summe nützlicher Erfahrungen, die sich im Laufe der Zeit anhäuft und schließlich von Generation zu Generation vererbt hat, also gewissermaßen das in Fleisch und Blut übergegangene Gedächtnis, das aber auch bei Eintreten neuer Verhältnisse verlagert kann. Die großartige Leistungsfähigkeit der Handwerker des Mittelalters, als die Vorgänger der Manufakturperiode mit der Teilung der Arbeit, ist auf eine handlichere Übung, verbunden mit einem natürlichen Nachahmungstrieb und Schönheitsempfinden, zurückzuführen, wobei auch die praktischen Erfahrungen einen weiteren Ausbau erhielten. Das technische Denken umfaßt

deshalb, theoretisch betrachtet, das Schauen und Beobachten der uns umgebenden Natur, sie gibt uns die Anregungen und Vorbilder. Die Natur ist die große Lehrmeisterin der wissenschaftlichen Technik. Die Kenntnis der Naturkräfte und die Gesetzmäßigkeit der unter ihrem Einfluß sich abspielenden Vorgänge sind die Grundlagen der wissenschaftlichen Technik und Forschung.

In gleichmäßiger Richtung mit der Entwicklung der Naturwissenschaft geht das Fortschreiten der Mathematik, der Physik und Chemie, wozu in weiteren die Mechanik, die Wissenschaft von den Gesetzen des Gleichgewichts (Statik) und der Bewegung der Körper (Dynamik) in Betracht kommt. In Beziehung zur Mechanik steht die Energie, gleich Arbeitsfähigkeit oder Arbeitsvermögen. Die Erkenntnis besagt in Übereinstimmung mit der Erfahrung, daß durch eine gewisse Arbeit eine gleich große lebendige Kraft erzeugt und andererseits, daß durch eine gewisse lebendige Kraft eine gleich große Arbeit geleistet werden kann, wonach wir in der lebendigen Kraft eine erste Veranschaulichung mechanischer Arbeit haben. Dieses von Robert Meyer im Jahre 1842 aufgestellte Prinzip wurde 1847 von Hermann Helmholtz mathematisch begründet, der dadurch die mechanische Wärmetheorie erweiterte. Die Mathematik, die Größenlehre (durch Raum- und Zahlengrößen) ist einer der Hauptpfeiler der Technik. Helmholtz begründete, daß nach dem Gesetz von der Erhaltung der Kraft der Vorrat an Arbeitsvermögen oder Energie in seiner Gesamtmenge, die irgendwo verloren geht, an einer anderen Stelle wieder erscheinen muß. Dabei sind mechanische Wärme, Licht, Elektrizität, Magnetismus und chemische Arbeitsvorgänge lediglich verschiedene Erscheinungsformen des Weltalls, die gegeneinander umgewandelt werden. So wird beispielsweise Wärme in mechanische Arbeit umgesetzt, durch die Dynamomaschine mechanische Arbeit in Elektrizität, welche sich wieder in Licht, Wärme, Magnetismus und chemische Vorgänge oder in mechanische Arbeit umwandeln

läßt. Dasselbe läßt sich sehr naheliegend auch von der Dampfmaschine sagen, wodurch das Heizmaterial, der Dampf, als Kraftfaktor zur mechanischen Arbeit erzeugt wird. Durch die sich fortsetzende erweiterte Kenntnis der natürlichen Kräfte und Stoffe vereinigt die Technologie in sich das theoretische und praktische Können, bei der Produktion von Bedürfnisgegenständen. Wobei im weiteren vom Mittelalter bis zur jetzigen Zeit durch Förderung der technischen Bildung und besonders im 19. Jahrhundert durch die technischen Mittel- und Hochschulen, technische Versuch- und Prüfungsanstalten, das spezielle konstruktive Wissen oder die Konstruktionslehre, wie zur Maschinen- und Bautechnik, bis zur Technik der feinsten Präzisionswerke entwickelt wurde. Zu dem geschichtlichen Vorwärtgang der Maschinentechnik gibt auch Karl Wörgl in seinem „Kapital“ einige wertvolle Ausführungen; es heißt da:

„Die Manufakturperiode, welche Verminderung der zur Warenproduktion notwendigen Arbeitszeit bald als bewundenes Prinzip ausspricht, entwickelt sporadisch (einzeln, zerstreut) auch den Gebrauch von Maschinen, namentlich für gewisse einfache erste Prozesse, die massenhaft und mit großem Kapitalaufwand auszuführen sind. So zum Beispiel in der Papiermanufaktur das Zermahlen der Lumpen durch Papiermühlen und in der Verhüttung von Metallen das Zerstoßen der Erze durch sogenannte Rodmühlen. Die ursprüngliche Form aller Maschinerie hatte das römische Kaiserreich überliefert in der Wassermühle. Die Handwerksperiode vermehrte die großen Erfindungen des Kompass, des Pulvers, der Buchdruckerkunst und der automatisch (durch ein Getriebe) bewegten Uhr. Sehr wichtig wird diese sporadische Anwendung der Maschinerie im 17. Jahrhundert, weil sie den großen Mathematikern jener Zeit praktische Anhaltspunkte und Reizmittel zur Schöpfung der modernen Mechanik bot. Die besondere Maschinerie der Manufakturperiode bleibt vor aus vielen Teil-

Es entstand nun die Frage, wer bei unfreiwilligen Feiertagen die Arbeiter zu entschädigen habe. Die Rechtslage war schon im Frieden oft streitig. Erheblicher kommt jetzt hinzu, daß der Arbeitgeber durch die Beschlagnahme und Rationierung der Kohlen gar nicht in der Lage ist, aus eigenen Bemühen heraus dem Notstand zu steuern. Da das Reich die Verteilung der Kohlen übernommen hat und da es an einer möglichst kurzen Unterbrechung der Produktion das größte Interesse hat, ist es an der Frage stark beteiligt. Hätte man die Regelung von Fall zu Fall der Rechtsprechung überlassen, so wäre zweifellos eine Fülle von Verhandlungen und verschiedenen Entscheidungen ergangen, die zu neuen Streitigkeiten Anlaß gegeben hätten. Es mußte aber darauf ankommen, eine einfache und einheitliche Lösung zu finden. Demzufolge trat der Chef des Kriegsrechts, General Scheuch, an das Reichswirtschaftsamt heran, damit Verhandlungen mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt würden. Diese Verhandlungen haben dann im Reichswirtschaftsamt unter der Leitung des Staatssekretärs Freiherrn von Stein stattgefunden und zu folgender Verständigung geführt.

Das Reich beteiligt sich an der Entschädigung, deshalb ist ein Bundesratsbeschuß herbeigeführt worden, durch den Mittel bereitgestellt werden, aus welchen Zuschüsse für die Entschädigung der feiernden Arbeiter gewährt werden. Die Entschädigung wird unter folgenden Bedingungen gewährt: In Betracht kommen nur Einstellungen und Beschränkungen der Arbeit im Gebiet der Rüstungs- und Ernährungsindustrie, die in die Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1918 fallen und unmittelbar oder mittelbar durch Kohlenmangel herbeigeführt worden sind. Die letztere Voraussetzung würde zum Beispiel auch dann erfüllt sein, wenn ein Werk die für seinen Betrieb erforderlichen Halbfabrikate infolge Kohlenmangels, der bei einem anderen Unternehmen eingetreten ist, nicht erhalten kann. In Zweifelsfällen soll das Kriegsamt entscheiden, ob eine Arbeitseinstellung auf Kohlenmangel zurückzuführen ist. Die Entschädigung beträgt 70 Proz. des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes. Sie wird für diejenigen Stunden gewährt, die die Arbeiter infolge der Arbeitseinstellung an der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit (ohne Ueberarbeit) verlieren. Es wird also auch dann eine Entschädigung gezahlt, wenn die Arbeit nicht völlig eingestellt, sondern nur eingeschränkt wird. Andererseits entfällt die Entschädigung, wenn die ausgemessenen Arbeitsstunden in der gleichen Kalenderwoche durch Mehrarbeit wieder eingeholt werden.

Minder gelohnte Arbeiter trifft natürlich eine Lohnminderung unverhältnismäßig schwerer als hochgelohnte. Dieser Tatsache tragen die Bestimmungen des Bundesrats insofern Rechnung, als sie eine Verdienstgrenze festsetzen, bis zu welcher der volle durchschnittliche Verdienst als Entschädigung gewährt wird. Zugleich ist eine obere Grenze vorgegeben, über die hinaus der Betrag der Entschädigung nicht steigen darf. Um den verschiedenartigen Lebens- und Verdienstverhältnissen in den einzelnen Teilen des Reichs gerecht zu werden, sind diese Grenzen nach dem auf Grund der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortslohn bestimmt, und zwar als untere Grenze das Doppelte, als obere das Vierfache des Ortslohnes. Ungerechtfertigte Verschiedenheiten, die sich darauf für die Bemessung der Entschädigung ergeben könnten, kann das Kriegsamt ausgleichen.

Selbstverständlich soll eine Entschädigung nicht gewährt werden, wenn geeignete andere Arbeit vorhanden ist. Lehnt ein Arbeiter derartige Erfindarbeit

ab, obwohl ihm eine angemessene Entlohnung (mindestens in Höhe der Entschädigung) dafür geboten wird, so darf ihm der Arbeitgeber die Entschädigung entziehen, ohne deshalb des Reichszuschusses für seine anderen Arbeiter verlustig zu gehen.

Die entstehende Belastung wird vom Reich, den Arbeitgebern und den Arbeitern gemeinsam getragen. Die Arbeitgeber übernehmen die Entschädigung für die ersten fünf vollen Arbeitstage oder die ihnen entsprechende Anzahl von Arbeitsstunden ganz auf ihre Rechnung. Den sechsten Arbeitstag oder die ihm entsprechenden Arbeitsstunden trägt der Arbeiter zu seinen Lasten, so daß eine Entschädigung für diesen Tag nicht gezahlt wird. Dieser entschädigungslose Tag wiederholt sich aber nicht, sondern kann in jedem Betrieb nur einmal eintreten. Vom siebenten Tag an teilt sich der Arbeitgeber und das Reich in die Entschädigung nach dem Maßstabe, daß der Arbeitgeber zwei Siebentel der Aufwendungen trägt, während ihm die übrigen fünf Siebentel vom Reich auf Antrag zurückvergütet werden.

Mit dieser Regelung haben sich bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsamt sowohl die Vertreter der Arbeitgeber als die Vertreter der Arbeitnehmer einverstanden erklärt. Beide Teile haben zugesagt, ihren ganzen Einfluß für die Durchführung der Bestimmungen einzusetzen zu wollen. Auch das Kriegsamt wird innerhalb seiner Befugnisse in diesem Sinne tätig sein.

Vom Weltkriege.

Gefallen sind aus der Zahlstelle:
 Aischaffenburg: Anton Geller, Brauerei Schumpf, Lohr a. M., in englischer Gefangenschaft gestorben;
 Berlin: Ernst Sahn, Mitfahrer, Kopenhöfer I.;
 Hamburg: Martin Lindner, Gbischloßbrauerei;
 Kulmbach: Veit Weisler, Mälzerei Zimmer, Hersdorf.

Ehre ihrem Andenken!

Verwundet ist aus der Zahlstelle:
 Göttingen: Lucas Orgetenmacher.
 Das Eisene Kreuz erhielten: Ernst Simmel, Führer, Schultheiß-Berlin, Niederlage Holzow; Josef Reumayer, Brauer, Schultheiß II, Berlin, das Karl-Truppen-Kreuz; J. Langhoyer, Kaffee; Erik Kuh, Hauptbureau.

Rentensfestsetzung. Bei der Versorgung von Militärpersonen, die aus dem Dienste ausscheiden, ist die wesentliche Voraussetzung das Vorliegen einer Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung. Soweit bei der Entscheidung der Frage, ob diese Voraussetzung erfüllt ist, das Gesetz einen Spielraum zuläßt, wenn es sich also um Zweifel- oder Grenzfälle handelt, wird, wie General von Langermann in den amtlichen Mitteilungen für Kriegsbeschädigte oder versorgungsberechtigte Militärpersonen und für Hinterbliebene von Seeresangehörigen auseinandersetzt, mit dem größten Wohlwollen verfahren.

Das gleiche gilt hinsichtlich der Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit, nach der sich der Prozentsatz der zuständigen Rente richtet. So wird im Falle der Verschlimmerung eines beim Dienstintritt schon vorhanden gewesenen Leidens durch Dienstbeschädigung nicht etwa nur der durch diese Verschlimmerung hervorgerufene Grad der Erwerbsbeschränkung der Rentenbemessung zugrunde gelegt, sondern der durch das Gesamtleiden geschaffene Zustand des Mannes. Ergibt sich also z. B. bei der Prüfung eines Versorgungsanspruches eine Erwerbsunfähigkeit von 50 v. S. und hat eine solche von 30 v. S. schon bei der Einstellung des Mannes vorgelegen, so wird nicht eine Rente von 50 minus 30 = 20 v. S., sondern eine solche von 50 v. S. zuerkannt. Bessert sich dann ein solches Leiden, so bleibt Versorgungsberechtigung nicht nur so lange bestehen, bis der Grad der Verschlimmerung beseitigt ist, sondern bis die Erwerbsunfähigkeit unter die gesetzliche Mindestgrenze (10 v. S.) sinkt.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Biernebelagen.

† **Damberg.** Die Bärenbrauerei bewilligte eine Erhöhung der Feuerungszulage um 7 Mk., die Rasfelbrauerei um 4 Mk. pro Woch.

† **Dresden.** Die Bergschlößchenbrauerei Birna bewilligte eine Erhöhung der Feuerungszulage für ledige Mänliche und Frauen um 3 Mk., für verheiratete Mänliche um 5 Mk. pro Woche.

† **Segeberg.** Die hiesige Brauerei bewilligte eine Erhöhung der Feuerungszulage auf 50 Mk. für männliche und 30 Mk. für weibliche Arbeitnehmer.

† **Wärzburg.** Die Brauereien Bürgerbräu und Brauhaus Würzburg bewilligten eine Erhöhung der Feuerungszulage für alle verheirateten und ledigen Arbeiter um 5 Mk., für Jugendliche um 3 Mk. und für Arbeiterinnen um 4 Mk. wöchentlich. Königsbräu um 4 Mk., Bürgerbräu Nüßlingen um 2 Mk. wöchentlich.

Korrespondenzen.

Bremen. In unserer am 19. Januar stattgefundenen Versammlung gab Kollege Bödenfrüger den Geschäfts- und Stassenbericht für das Jahr 1917. Der Abschluß der Hauptkasse war mit Einnahme und Ausgabe 12287,95 Mk., an die Hauptkasse konnten nur 972,44 Mk. abgeführt werden. An Unterstützungen wurden verausgabt, an 127 männliche

Stranke 4288,40 Mk., an 49 weibliche Stranke 960,60 Mk., an 2 männliche Arbeitslose 42,— Mk., an 37 weibliche Arbeitslose 984,— Mk., an Sterbegeld wurden für 6 am Orte Geborene und 18 Gestorbene 772,50 Mk. ausbezahlt. Das Vermögen der Lokalkasse war am Jahreschluß 4237,52 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 306 männliche und 170 weibliche. Neuaufnahmen waren 101 männliche und 97 weibliche zu verzeichnen, ausgetreten sind 86 männliche und 66 weibliche Mitglieder, zum Seeresdienst wurden 88 eingezogen. Zwei Betriebe wurden stillgelegt.

Es wurde dann noch berichtet, daß im verfloßenen Jahre mehrere Lohnbewegungen stattgefunden haben, auch mußte in verschiedenen Differenzfällen seitens der Ortsverwaltung eingegriffen werden. In den der Zahlstelle angeschlossenen Filialen, besonders in Delmenhorst wurden ebenfalls mehrere Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt. Für die Bremer Mälzearbeiter war solches leider nicht möglich, da diese Kollegen nach wie vor einen Indifferenzismus an den Tag legen, der für diese in Zukunft noch recht fühlbare Unannehmlichkeiten zeitigen wird, diesen Kollegen ist aber nicht zu helfen, da sie es nicht anders haben wollen.

In einem weiteren Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende Bericht von der letzten Lohnbewegung in den Brauereien. Leider hat die Bremer Brauer-Sozialität die Wochenlohnzulage wieder abgelehnt, dagegen die Feuerungszulagen monatlich wieder erhöht, es erhalten nunmehr ab 1. Januar verheiratete Arbeiter 70,— Mk., unverheiratete Arbeiter über 16 Jahre und verheiratete Arbeiterinnen 50,— Mk., unverheiratete Arbeiterinnen 40,— Mk. und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren 34,— Mk. Die Erhöhung der Ueberstundenzulage wurde abgelehnt, dagegen die Tourenzulage für Ueberlandfahrer verdoppelt. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, sich zunächst mit der Erhöhung der Feuerungszulage zufriedenzugeben, dagegen soll an der Forderung der Erhöhung der Ueberstundenzulage festgehalten werden und wurde der Vorsitzende beauftragt, erneut an die Sozialität heranzutreten. Nach Aufforderung kräftiger Weiterkagitation wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Darmstadt. In der Generalversammlung am Sonntag, 27. Januar, gab der Vorsitzende bekannt, daß einige kleine Brauereien, die der Brauervereinigung Darmstadt nicht angehören, im Laufe der letzten Monate eine Feuerungszulage den ländlichen Verhältnissen entsprechend bewilligten, womit sich die betreffenden Kollegen vorläufig zufrieden erklärten. Als nicht zufriedenstellend konnte man das Verhalten des Bürgerbräu-Frankfurt betreffend Feuerungszulage für die Arbeiter der Biernebelage Griesheim bezeichnen. Dort konnte nur durch wiederholten Hinweis auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, in der sich die Arbeiter befinden, sehr geringe Zugeständnisse erreicht werden. Die genannte Brauerei als Großbetrieb hätte mehr soziales Empfinden in dieser schweren Zeit zeigen sollen. Aus dem Geschäftsbericht konnte entnommen werden, daß durch den starken Wechsel mit Arbeitsträften in den Brauereien, sowie durch das immer noch andauernde Einziehen zum Militärdienst es den einzelnen Zahlstellen schwer wird, den zur Erzielung wichtiger gewerkschaftlicher Fragen benötigten Mitgliederstand aufrechtzuerhalten. Nur die Organisierung aller in unserem Berufe tätigen Arbeiter zur Organisation könnte hier eine Besserung bringen. Wenn bei Anfang des Geschäftsjahres an die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder gedacht werden müßte, so konnte nicht wieder eine Feuerungszulage in Frage kommen, denn die Feuerungszulage sei nicht der idealste Ausgleich, der während des Krieges immer zur Anwendung gebracht werden dürfte. Für die Gegenwart hinreichend, könnte er in Zukunft die Arbeiter schädigen. Um uns gegen einen etwaigen Mißschlag zu sichern, da ein solcher für das Brauereigerbe leicht eintreten könnte, müßte die Erhöhung der Grundlöhne und Ueberstundenzulage der Feuerungszulage vorgezogen sein. Die Hauptkasse schließt mit einer Einnahme von 1942,70 Mk. und mit einer Ausgabe von 860,20 Mk. Somit konnten an die Hauptkasse 1082,50 Mk. abgeführt werden. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schluß des Geschäftsjahres 1963,70 Mk. An freiwilligen Beiträgen für die Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen wurden wiederum 760,15 Mk. aufgebracht, die zu Weihnachten zur Verteilung kamen. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um den Tarif für die Biernebelage Griesheim des Frankfurter Bürgerbräu am 1. März 1918 zu kündigen, da dieser noch als sehr rückständig bezeichnet werden muß.

Göttingen. Sonntag, den 27. Januar, fand unsere Generalversammlung in Holzheim statt. Kollege Hofmann, Vorsitzender und Kassierer, gab den Quartals- sowie den Jahresbericht. Die Einnahmen betrugen 642,90 Mk., die Ausgaben 250,20 Mk. Der Hauptkasse konnten 392,70 Mk. zugewiesen werden. Aufnahmen wurden 15 gemacht. Die Mitgliederzahl bewegte sich zwischen 28 und 20. Feuerungszulagen wurden zweimal erhöht in diesem Jahre. Da unser Tarif abläuft, werden die Kollegen dazu Stellung nehmen.

Hamburg. Generalversammlung am Sonntag, den 27. Januar. Im Geschäftsbericht bemerkte Linné, daß durch Rückgang der Produktion die Zahl der beschäftigten Arbeiter eine Abnahme erfuhr. Das Braukontingent ist abnormals herabgesetzt. Dieses führe dazu, daß Zusammenlegungen von Brauereien in einem noch nie dagewesenen Umfange vor sich gehen. Die Arbeiterchaft ist hiervon am schwersten betroffen, was solle später aus den überhörschüssigen Arbeitsträften werden! Soweit Fusionen vor sich gegangen, haben wir uns an die betreffenden Betriebsleitungen um Verhandlungen zwecks Wahrung der Arbeiterinteressen gewandt, die hoffentlich recht bald zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen. Die Mälzereien waren nur zum Teil beschäftigt. Soweit die Mälzen und Hopfenereien in Betrieb geblieben, waren sie gut beschäftigt, doch traten auch hier bei einzelnen Stadienperioden ein. Infolge Abnahme der Zahl der Beschäftigten war es nicht möglich, den Mitgliederstand vom vorigen Jahre ganz zu halten. Die Fluktuation war eine sehr große und hat seine Ursachen in den Einberufungen und dem Stellungswechsel. Neuaufnahmen hatten wir 387 männliche und 95 weibliche. Ausgetreten und gestrichen

arbeitern kombinierte Gesamtarbeiter selbst." Und recht treffend wird an einer anderen Stelle gesagt: „Die große Industrie gerißt den Schiefer, der den Menschen ihren eigenen gesellschaftlichen Produktionsprozeß verdeckte. Ihr Prinzip, jeden Produktionsprozeß, an und für sich und zunächst ohne Rücksicht auf die menschliche Hand, in seine konstituierenden Elemente aufzulösen, schuf die ganz moderne Wissenschaft der Technologie. Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als endgültig.“

Unter einer zum Teil nicht unwürdlichen Ausschaltung der „Hände“ erhobte die Maschinentechnik die Massenproduktion und schuf dadurch zeitweise Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern, die zur Zerstörung der Maschinen und zu blutigen Konflikten führte. Wie in der modernen Zeit durch die Maschinentechnik Arbeiter als überflüssig ausgeschaltet werden, darüber wurde auf der 19. Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Gesellschaft im Herbst vorigen Jahres berichtet. Danach hat die Hamburger Gewerbebeleggesellschaft, veranlaßt durch „Streiks“ (2), sich einem Gewerbebeleg fertigtellen lassen, der bei einer Stundenleistung von 250 Tonnen Schwerkornen alten Ansprüchen bezüglich Lüftung und Entstaubung genügte. „Die gesamte Bedienungsmannschaft beträgt hierbei nur 15 Mann, während bei der Entlohnung mittels Handbetrieb 250 Mann erforderlich sein würden.“ Jedoch die Gegensätze bestehen hier nur scheinbar. Die Fabrikation von technischen Erzeugnissen saugt die freigesetzten Hände wieder auf. Maschinen werden mit Hilfe von Maschinen geschaffen, wobei bekanntlich Deutschland an der Spitze des Exports von Werkzeugmaschinen markiert. Die Anwendung der Maschinentechnik verhilft aber auch die Bedürfnisgegenstände und kürzt den Produktionsprozeß ab, wodurch im weiteren für die organisierte Arbeiterchaft der Weg geebnet wurde, mehr und mehr eine Einschränkung der Arbeitszeit zu erreichen.

sind 828, zum Beerdigungsdienst eingezogen 100 Kollegen. Insgesamt sind zum Beerdigungsdienst eingezogen 1200 Kollegen, deren Bücher eingeliefert wurden. Die Kollegen, deren Bücher nicht eingeliefert wurden, sind auf circa 145 zu schätzen, so daß circa 1485 Kollegen am Strike teilnehmen. Am Schlusse des Jahres bleibt ein Bestand von 748 männlichen und 57 weiblichen Mitgliedern. Die Teuerungszulagen und Ueberrundensätze erfuhren in den meisten Betrieben durch das Mittreten der Organisation eine mehrmalige Erhöhung. Entlassungen haben drei stattgefunden, die durch Eingreifen der Organisation rückgängig gemacht wurden. Sonstige Differenzen wurden größtenteils zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. Die Tarifverträge wurden verlängert oder gingen durch Tarifbestimmungen weiter. Gegen den Entzug der Zusatzkarte bei den Brauereiarbeitern wurden von der Organisation, den Brauereien und einigen Arbeiterausschüssen Eingaben gemacht. Später erhielten die Brauereiarbeiter die Zusatzkarte wieder. Die Frauenarbeit hat eine weitere Zunahme erfahren. Klarheit über die Frage des Abbruchs wurde dadurch geschaffen, daß die Brauereien als kriegswichtige Betriebe bezeichnet wurden. Die Krankenversicherung hat infolge der Ernährungsschwierigkeiten eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht. Die Beitragserhöhung im letzten Jahr ist ohne Schädigung der Organisation durchgeführt, die Befundung der Massenverhältnisse sichtbar.

Die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung erstattete Gerwoold. Im vierten Quartal betrug die Einnahme der Verbandskasse 6800,35 Mk., die Ausgabe war 3227,42 Mk. Die Jahresabrechnung für die Verbandskasse stellt sich wie folgt: Einnahme 22.458,05 Mk. (1916: 21.822,73 Mk.). Die Ausgabe beträgt 12.291,44 Mk. In die Hauptkasse gelangt 10.164,61 Mk. Marken wurden umgekehrt 34.845 gegen 35.402 Stück im Vorjahre. Der Bestand der Lokalkasse am Jahreschlusse ist 18.558,95 Mk. Infolge Erhöhung des Lokaltarifes ist der Stand der Lokalkasse gegenüber dem Vorjahre etwas günstiger. Bei Erhebung von Krankenunterstützung wird vielfach außer Acht gelassen, daß ohne Mitgliedsbuch und Krankenschein keine Unterstützung ausgezahlt werden kann. In der Diskussion wurden die Berichte mit Befriedigung aufgenommen. Kritisiert wurde die Teilnahmslosigkeit bei den Arbeiterausflügen. Der Verjammungsbesuch müßte ein besserer werden, zur Schlafmüdigkeit seien die Zeiten zu erst. Im eigentlichen Interesse der Kollegen liege es, daß jeder möglichst in die höchste Beitragsklasse eintritt. Dem Wunsch der Kühlenarbeiter auf eine Extraverjammung soll demnächst Rechnung getragen werden. Mit der Mahnung des Vorsitzenden, auch im neuen Jahr unermüdet für den Ausbau der Organisation zu wirken, erfolgte Schluß.

Kulmbach. Aus den vom Kollegen Schneider in der Generalversammlung am 27. Januar gegebenen Geschäftsberichte ist zu entnehmen, daß infolge der Wintererfahrungen älterer Jahrgänge die Mitgliederzahl von 250 auf 219 zurückgegangen ist. Die Hauptkasse schließt ab mit einer Einnahme und Ausgabe von 6241,50 Mk. In die Hauptkasse gingen ab 1577,21 Mk. An Unterstützungen wurden ausgegeben 2142,40 Mk. Für die Lokalkasse ist eine Einnahme von 411,31 Mk. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 3278,25 Mk. gegenübersteht. Der Vermögensnachweis der Lokalkasse ergibt die Summe von 8214,60 Mk. Für die Kriegervfamilien wurde seit Kriegsausbruch die Summe von 10.879,— Mk. aus der Lokalkasse aufgewendet. An Teuerungszulagen wurden im Laufe des Geschäftsjahres in den Brauereien zugelegt 8 Mk. für verheiratete und 5 Mk. für ledige und jugendliche Arbeiter. Auf unsere Eingabe bezüglich der Gewährung von Teuerungszulagen in den Mälzereien hat bis heute nur die Mälzerei Reichsdorfer 4 Mk. pro Woche gewährt. Es wäre zu wünschen, daß auch die anderen Betriebe dieses Beispiel nachahmen würden. Die Ueberrundensätze wurden am 18. August in den Brauereien an Wochenenden von 60 auf 80 Pf. und für Sonntagsarbeit von 70 auf 90 Pf. erhöht. Zum Beerdigungsdienst eingezogen sind bis heute 472 Kollegen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen in der Werbetätigkeit für die Organisation nicht zu erlahmen und den letzten im Betriebe dem Verbande zuzuführen.

Koblenz. In der Generalversammlung am 13. Januar gab der Kassierer Kühne die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Jahreseinnahme 1917 betrug 309,81 Mk., an die Hauptkasse abgefordert 299,80 Mk. Der Mitgliederbestand ist von 13 auf 12 zurückgegangen. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß zwei betr. Erhöhung der Teuerungszulagen an die „Hölle“, Koblenz, eingereichte Gesuche vollen Erfolg hatten. Es wurden erreicht für Verheiratete 82 Mk. und für Ledige 43 Mk. pro 1917; die jetzige Zulage ist pro Woche 10 Mk. für Verheiratete und 7 Mk. für Ledige. Demgegenüber steht die bedauerliche Interesselosigkeit der Göttmabinger Kollegen, welche sich noch schwer rächen dürfte. Mit anerkennenden Worten des Vorsitzenden, das Erreichte zu erhalten, blies die Versammlung.

Kundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Der Schriftliche Brauerbund teilt in seinem Jahresbericht für das zweite Geschäftsjahr, 1916/17, mit, daß sich die Mitgliederzahl im Berichtsjahr von 191 auf 201 erhöht habe.

Betriebskonzentration. Die Mälzfabrik J. Eisenberg in Erfurt hat mit der Mälzfabrik Etgersleben A.-G., Etgersleben und Magdeburg-Budau, einen Vereinigungsvertrag geschlossen, wonach die vier Mälzereien dieser beiden Firmen für die Folge einheitlich geführt werden sollen. Die Etgersleber Fabrik verlegt ihren Sitz nach Erfurt und nimmt die Firma Mälzfabrik J. Eisenberg und Etgersleben an. Die Mälzfabrik Etgersleben erhöht ihr Kapital von 450.000 auf 2.100.000 Mk.

Zwischen der Wieshadener Kronenbrauerei A.-G. und der A.-G. Gorbierbrauerei Schäfflerhof-Frankfurt sind Verhandlungen in Mainz-Frankfurt im Gange.

wegen Herstellung einer engen Verbindung durch Uebertragung des Monopols der Kronenbrauerei auf die Schäfflerhof-Brauerei.

Die Brauerei Riebel, Leipzig, hat das Bürgerliche Brauhaus Gräfenhainichen käuflich erworben.

Die Solstenbrauerei Hamburg beabsichtigt die Germania-Brauerei Wandsbek zu übernehmen. — In Hamburg sind in letzter Zeit folgende Zusammenschlüsse erfolgt, die aufnehmende Brauerei ist zuerst genannt: Bavaria-Brauerei mit Friesenbrauerei; Löwenbrauerei mit Unionbrauerei; Willbrauerei mit Hansabrauerei; Bürgerliches Brauhaus mit Waldbrauerei Vornien; Solstenbrauerei mit Brauerei A. Janßen Wwe. (1909), Vereinbrauerei Hamburg-Altonaer Gastwirte (1914) und Brauerei Germania (1915). Die Bavaria-Brauerei hat außerdem noch zwei kleine Brauereien in Schleswig-Holstein aufgenommen.

Zur Zwangszusammenlegung der Brauereien führte der Minister des Innern Dr. v. Bretschneider in der Ausschussführung der Kammer der Reichsräte u. a. aus: Es steht zu hoffen, daß mit der eigentlichen Zwangszusammenlegung nicht zu vorerst vorgegangen werden wird, wenigstens nicht in dem Umfange, wie es, um für alle Fälle gerüstet zu sein, vorbereitet werden mußte. Das möchte ich einstweilen tröstlich bemerken. Alles hängt eben von der Weiterentwicklung der Dinge ab. Die Hauptursache für das Vorgehen liegt in den Kriegsverhältnissen und es ist bekannt, daß sich auch heute trotz der Friedensverhandlungen im Osten noch nicht absehen läßt, wie die Dinge sich selbst im Osten, geschweige denn gar im Westen entwickeln werden. Wenn die Anforderungen an Sparmittel für das Heer natürlich in einem starken Maße nach hervortreten würden, müßte auch da vorgegangen werden. Aber dieses Vorgehen wird so lang unterbleiben, bis eben das absolute Bedürfnis dafür gegeben ist.

Vermisst ist in der Kabbrauerei Göttingen der Bierfieber Kollege Dürr. Die Trebertrödenmaschine riß ihm zwei Finger ab, der Arm ist schwer verstümmelt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Emil Döblin, der langjährige Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbandes ist am Donnerstag, 31. Januar, einem unheilbaren Leberleiden erlegen. Nach fast 30-jähriger Tätigkeit hat der Tod einem überaus arbeitsreichen Leben ein Ziel gesetzt.

Döblin war der eifrigste Vertreter des Tarifvertragsgedankens, der anlässlich starken Anfeindungen aufgetreten war, sich im Laufe der Zeit aber siegreich durchsetzte, wie auch seine ganze gewerkschaftliche Tätigkeit in vielen Fragen richtunggebend für die deutsche Gewerkschaftsbewegung überhaupt wurde. Seit 1903 gehörte er auch der Generalkommission der Gewerkschaften an und stellte seine Erfahrungen und sein Wissen gern und eifrig in den Dienst der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. Diese hat in dem allgemein beliebten Mit- und Vorämpfer viel verloren und schließt sich ehrlich der Trauer seiner Berufsorganisation an.

Mitgliederzunahme in den Gewerkschaften. Im 22000 Mitglieder nahm der Holzarbeiterverband im Jahre 1917 zu; die Mitgliederzahl stieg von 68.240 auf 90.116. — 7.100 Mitgliederzunahme hat der Gemeindearbeiterverband für 1917 zu verzeichnen. — Um über 30.000 Mitglieder hat der Fabrikarbeiterverband 1917 zugenommen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“, Berlin, D. 27, Schleierstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Köpenickstadt 275.

Diese Woche ist der G. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Über die fälligen Zahlstellen.

(Fehlende Abrechnungen und Berichtsmaterial.)

Eine Anzahl Zahlstellen hat für das 4. Quartal 1917 noch nicht abgerechnet und auch das Formular III noch nicht eingeleistet. Weiter fehlen von mehreren Zahlstellen noch die Berichte über die 1917 geführten Lohnbewegungen. (7. Zulagen.) Infolge der Einkerbung von einigen Angestellten der Hauptverwaltung die Bearbeitung des Materials zum Jahresbericht von den noch vorhandenen Beamten mitschuldig mitzuerfolgen muß, so werden diejenigen Zahlstellen, die mit der Einlegung des erwähnten Materials noch im Rückstand sind, hiermit dringend ersucht, daß nach ausstehende Material möglichst umgehend einzusenden, damit die Bearbeitung besessen nicht unnützlich aufgeschoben wird.

- Mit der Quartalsabrechnung müssen eingesandt werden:
1. die zur Abrechnung gehörenden Belege,
 2. alle nicht verbrauchten 40-Pf.-Marken,
 3. das zur Abrechnung gehörende Geld.

Außerdem haben diejenigen Zahlstellen die neuen Mitgliedsbücher einzusenden, die hierzu eine schriftliche Anforderung erhalten haben.

Zu Reklamationen dürfen nur noch Mitgliedsarten verwendet werden.

Dem zuständigen Bezirksleiter ist eine Abschrift der Quartalsabrechnung zuzustellen.

Der Verbandsvorstand.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher:

Wilhelm Gadow, Hilfsarbeiter, Buchn. 128.901, geboren 2. Dezember 1871 zu Windsheim, eingetretten 6. November in Karlsruhe.

Christian Theussler, Antzcher, Buchn. 154.725, geboren 2. Juli 1890 zu Remberg-Sonderburg, eingetretten 25. November 1916 in Wilhelmshaven-Nürtingen.

Gustav Jander, Flaschenfellerarbeiter, Buchn. 113.774, geboren 4. August 1858 zu Zwineimünde, eingetretten 14. Mai 1906 in Berlin.

Vorstehende haben Erbscheine mit gleich. Nummer erhalten; nur diese sind gültig!

Geforderte Mittalieber

vom 18. bis 31. Januar.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.)

- Magdeburg: Fritz Garzthauer, 41 Jahre (54 Mk.); Mainz: Anton Kuntz, 72 Jahre (108 Mk.); Berlin: Gustav Steffin, 47 Jahre (60 Mk.); Bingen: Waltschowsky, 36 Jahre (108 Mk.); Hamburg: August Wisched, 55 Jahre (85 Mk.); München: Carl Raosbauer, 58 Jahre (108 Mk.); Breslau: Carl Zahn, 61 Jahre (200 Mk.); Düsseldorf: Wilhelm Heiderich, 55 Jahre (70 Mk.); Landshut: Volmar Juch, 86 Jahre (56 Mk.); Mannheim: Wilhelm Walter, 53 Jahre (108 Mk.).

Unbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tod der Ehefrau:

- H. Schulze-Dresden 30 Mk.; Glosi-Strasburg 28 Mk.; Hugel-Strasburg a. M. 32 Mk.; Wiltz. Müller-Görlitz 23,50 Mk.; Hrabt-Eberfeld 36 Mk.; Schwof-Posthof 36 Mk.; Wehmer-Leipzig 36 Mk.

Eingänge der Hauptkasse

vom 29. Januar bis 3. Februar.

- Grimme 95,29; Schwiebus 16,15; Weh 40,36; Frankfurt a. M. 68,85; Lüneburg 27,34; Remmigen 35,46; Minden i. Westf. 18,74; Greiz i. V. 102,88; Jülich i. V. 10,50; Osterode 58,55; Steinhilber 1023,72; Tormold 88,58; Weihen 27,03; Stadthagen 35,31; Bielefeld 546,17; Dirschberg i. Schl. 73,95; Nottbus 45,21; Frankfurt a. O. 12,48; Lindenwald 28,17; Eberswalde 7,20; Freienwalde 57,69; Kolberg 6,14; Köslin 45,31; Greifswald 76,16; Stralsund 20,31; Einde 21,12; Böden 12,50; Norden i. Ostfriesl. 12,87; Sonneberg 187,35; Weidberg 272,73; Nie 73,30; Wittenberg 131,20; Zeitz 176,20; Stuttgart 794,57 Mk.

Die Abrechnung vom 1. Quartal haben eingesandt: Dirschberg, Bielefeld, Chemnitz, Gotha, Nottbus, Eberswalde, Köslin, Greifswald, Kolberg, Freienwalde, Eberswalde, Lindenwald, Frankfurt a. O., Norden, Zeitz, Wittenberge, Lura, Gmund, Weidberg, Worms, Berlin, Lauenburg a. E., Freiburg i. B., Sonabrad, Coburg, Stuttgart.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Lüneburg. Alle Sendungen an Friedrich Zoetebeck, Görgenstraße.
Wittenberge. Vorsitzender: Wilhelm Tritt, Burgstraße 54, Kassierer: August Gülzow, Lungenstr. 44.

Verjammungsanzeigen.

Samstag, den 9. Februar.

- Blaubeuren. 9 Uhr: Restaurant „Vorwärts“
Bosau. 8 1/2 Uhr: „Livol“.
Eisenach. 8 Uhr: Gewerkschaftshaus.
Eisenach. 8 1/2 Uhr: „Zum Engel“.
Norderleben. 8 Uhr: Zentralfesthalle.
Hofheim. 7 1/2 Uhr: Sternergarten. Mühlenarbeiter.
Segeberg. 8 1/2 Uhr: Hotel „International“.
Wittenberge. 8 1/2 Uhr: Lokal Liebe.
Zeitz. 8 1/2 Uhr: Lokal Liebenau.

Sonntag, den 10. Februar.

- Norderleben. 3 Uhr: Jürkenhof, Staßfurter Höhe.
Nurich. 3 Uhr: bei Lübben.
Bamberg. Vormittags 10 Uhr: bei Köth, Schillerplatz.
Bernburg. 3 1/2 Uhr: Gewerkschaftshaus, Schulstraße.
Töbels. 3 Uhr: Kundenterrasse.
Einde. 2 1/2 Uhr: „Rheinischer Hof“.
Friedenwalde. Vormittags 9 1/2 Uhr: Volksgarten.
Gernrode. 3 Uhr: Stadtpark.
Göttingen. 3 Uhr: Kaiserhalle.
Graslitz. 3 Uhr: „Gambrianus“.
Halberstadt. 3 Uhr: Gewerkschaftshaus.
Kaiserlautern. 2 Uhr: bei Gies, Allee 11.
Loburg. 2 Uhr: „Rene West“.
Pretsch. 3 Uhr: „Volkshaus“.
Lauenburg. 2 Uhr: bei Benzloff, Gartenstr. 30.
Lüneburg. 4 Uhr: bei Kretschmer, Vor dem roten Tore.
Neuhaldensleben. 3 Uhr: bei Herzog.
Eisenburg. 6 Uhr: Gewerkschaftshaus.
Osterode. 3 Uhr: „Schützenhaus“.
Rühnd. „Bavariakeller“.
Ruhensheim. Vormittags 10 Uhr: Sterngarten. Brauereiarbeiter.
Saarlautern. 3 Uhr: „Zur Schwalbe“, Fleischstraße.
Trautstein. Vormittags 10 Uhr: Gewerkschaftshaus.
Tuttlingen. 2 Uhr: im „Falken“.
Uetersen. 3 Uhr: bei F. Keller, Gr. Sand.
Hansa. 4 Uhr: bei Dieck, Hülfsstraße.
Witten. 3 Uhr: Friedrichstraße, Rattenherdt.
Würgzburg. Vormittags 10 Uhr: „Goldener Saal“.

Mittwoch, den 13. Februar.

- Köln. 8 1/2 Uhr: „Philharmonie“.

<p>Nachruf. Nach langen Leiden starb unser Kollege Johann Guth Hausmaurer. Ehre seinem Andenken! Die organisierten Kollegen der Zeilner Brauerei Nürnberg.</p>	<p>Nachruf. Am 10. Dezember starb plötzlich unser treuer Mitglied, der Jahresjahrer, zuerst Beerdiger Petarich Engbers. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen der Zahlstelle Witten a. Ruhr.</p>
<p>Nachruf. Als Opfer des Weltkrieges fiel der Kollege Martin Lindner Eisenbahn-Brauerei. Ferner starb nach langer Krankheit der Kollege H. Titten Hausmaurer. Ehre ihrem Andenken! Zal. Heile Hamburg.</p>	<p>Inferionspreis für Mitglieder und Zahlstellen: Nachrufe mindestens 2,70 Mk., über 9 Zeilen jede Zeile 30 Pf. mehr. Gratulationen sollen mindestens 3 Zeilen, über 6 Zeilen jede Zeile 30 Pf. mehr.</p>

Tüchtige Brauer
verlangt Löwen-Brauerei Mt.-Ges., Berlin, für ihre Abteilung I, Cöhenhagenhausen.